

# **Erläuterungen zur Änderung der Verordnung des Hochschulrates über die Akkreditierung im Hochschulbereich (Akkreditierungsverordnung HFKG)**

Stand 10. September 2025

## **1. Ausgangslage**

Gemäss Artikel 30 Absatz 2 des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes vom 30. September 2011<sup>1</sup> (HFKG) und Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b Ziffer 1 der Vereinbarung vom 26. Februar 2015 zwischen dem Bund und den Kantonen über die Zusammenarbeit im Hochschulbereich<sup>2</sup> hat der Hochschulrat die Voraussetzungen der Akkreditierung konkretisiert und die Verordnung vom 28. Mai 2015 über die Akkreditierung im Hochschulbereich<sup>3</sup> erlassen (Akkreditierungsverordnung HFKG).

Die Akkreditierungsverordnung HFKG konkretisiert die Voraussetzungen für die institutionelle Akkreditierung nach Artikel 30 HFKG und für die Programmakkreditierung nach Artikel 31 HFKG. Sie legt dazu die Voraussetzungen für die Zulassung zum Akkreditierungsverfahren, das Verfahren der erstmaligen Akkreditierung und der Erneuerung der Akkreditierung sowie die in den Verfahren anzuwendenden Qualitätsstandards fest.

Im Rahmen der verschiedenen Diskussionen über die Akkreditierungsverordnung zwischen 2015 und 2022 hat der Hochschulrat entschieden, den Grundsatz eines vereinfachten Verfahrens für die Erneuerung der institutionellen Akkreditierung in der Verordnung zu verankern. Der Schweizerische Akkreditierungsrat (SAR) und die Schweizerische Agentur für Akkreditierung und Qualitätssicherung (AAQ) sollten auf der Basis der gesammelten Erfahrungen der letzten sieben Jahre einen Vorschlag unterbreiten, der zu einer Vereinfachung der Erneuerung der Akkreditierung beiträgt.

Die vorliegende Verordnungsänderung soll diesen Auftrag umsetzen (vgl. Ziff. 2 und 4). Gleichzeitig wurden die in Anhang 1 der Akkreditierungsverordnung definierten Qualitätsstandards aufgrund der Erfahrungen aus den letzten Jahren überarbeitet (Ziff. 3) und zudem Leitlinien entwickelt, um für alle beteiligten Akteure – Hochschulen und Akkreditierungsagenturen – mehr Klarheit im Akkreditierungsverfahren zu schaffen (Ziff. 5).

## **2. Bilanz nach Ablauf der Übergangsfrist HFKG**

Nach Ablauf der Übergangsfrist vom Artikel 75 Absatz 1 HFKG für die Akkreditierung Ende 2022 hat der SAR auf der Grundlage von mehr als 50 Verfahren der institutionellen Akkreditierung und Gesprächen mit allen Interessensgruppen Bilanz gezogen. Er kam zum Schluss, dass das Verfahren der institutionellen Akkreditierung durchaus die gesetzten Ziele erreicht hat: Die öffentlich-rechtlichen Hochschulen konnten sich rechtzeitig institutionell akkreditieren und haben teilweise weitgehende strukturelle Anpassungen vorgenommen. Gleichzeitig zeigt die Erfolgsquote von weniger als 50% bei privaten Hochschulen, dass sich die institutionelle Akkreditierung als «Gatekeeper» der Schweizer Hochschullandschaft etablieren konnte.

Der SAR hat in seiner Bilanz auch Raum für Optimierung insbesondere in den Formulierungen der Qualitätsstandards identifiziert. Die Hochschulen betreiben einen unnötig hohen Aufwand für die Selbstbeurteilung. Obwohl der Leitfaden der Agentur für die Selbstbeurteilung einen Umfang von 50-80 Seiten empfiehlt, sind die Selbstbeurteilungen häufig umfangreicher. Ausserdem erfolgen institutionelle Akkreditierungen zum Teil mit einer hohen Zahl von Auflagen. Der Akkreditierungsrat kam in seiner Analyse aber auch zum Schluss, dass der tiefere Grund für beide Entwicklungen in den Formulierungen der Qualitätsstandards zu suchen ist.

In der aktuellen Version umfasst ein Standard oft mehrere Kriterien. Gleichzeitig beziehen sich die Standards nicht auf die Organisation, die Aktivitäten und die Ausstattung der Hochschule, sondern auf das

---

<sup>1</sup> SR 414.20

<sup>2</sup> SR 414.205

<sup>3</sup> SR 414.205.3

Qualitätssicherungssystem. Die Folgen sind eine gewisse Unschärfe und aufwändige Selbstbeurteilungen: für die Hochschulen ist es unklar, wie sie auf die Standards antworten sollen. Bei zentralen Kriterien wie Forschung oder Qualifikation des wissenschaftlichen Personals führt die relative Unschärfe der Standards zu uneindeutigen Bewertungen, die zu Entscheiden mit Auflagen führen.

### 3. Qualitätsstandards: sprachliche Neufassung

Die Qualitätsstandards wurden 2015 bewusst offen formuliert, um den Hochschulen für die Beantwortung grösstmögliche Autonomie zu gewähren. Offene Formulierungen führen indes auch zu Unsicherheit, wie auf die Standards zu antworten ist. Infolge seiner Bilanz kam der Akkreditierungsrat zum Schluss, dass über die sprachliche Neuformulierung der Qualitätsstandards die Präzision der Standards erhöht und damit die Klarheit der Anwendung vergrössert werden kann.

Der SAR hat zusammen mit der AAQ einen Entwurf für die sprachliche Neufassung der Qualitätsstandards erarbeitet. Im Herbst 2024 diskutierte der SAR den Entwurf der sprachlichen Neufassung der Standards mit Vertreterinnen und Vertretern von Qualitätsverantwortlichen aller Hochschultypen und von privaten Hochschulen. Danach verabschiedete er die Standards zuhanden der SHK.

Den gesetzlichen Rahmen für den vorliegenden Entwurf bildet weiterhin Artikel 30 HFKG. Der Akkreditierungsrat hat weder Kriterien hinzugefügt, noch hat er Kriterien der geltenden Version weggelassen. Die Standards werden neu in 3 Bereiche statt wie bisher 5 gruppiert:

- I. Hochschulorganisation und Leitung, Governance und Qualitätsmanagement
- II. Lehre, Forschung und Dienstleistungen
- III. Personal, Finanzen und Infrastruktur

Damit werden zuerst die strukturellen Elemente angesprochen, in einem zweiten Schritt die Kernaktivitäten von Hochschulen und in einem dritten Schritt die Rahmenbedingungen der Hochschulen. Der bisherige Bereich «Kommunikation» wird in die entsprechenden Standards integriert. Die Bereiche «Qualitätssicherungsstrategie» und «Governance» werden zusammengefasst. Die Kernaktivitäten der Hochschulen erhalten so mehr Platz und auch mehr Gewicht in der Bewertung. Aus den bisherigen 18 Standards werden neu 23 Standards. Schliesslich hat der SAR die Standards auch sprachlich gestrafft und unspezifische Qualifikationen gestrichen. Die Synopsis der Versionen 2015 und 2024 weist für jeden der neuen Standards die Änderungen im Vergleich zu den aktuellen Standards auf (Beilage Synopsis).

### 4. Erläuterungen der einzelnen Bestimmungen

#### **Art. 1 Bst. c, Gliederungstitel des 5. Abschnitts und Art. 8a**

Im Rahmen der Diskussionen über die Akkreditierungsverordnung hatte der Hochschulrat entschieden, den Grundsatz eines vereinfachten Verfahrens für die Erneuerung der institutionellen Akkreditierung in der Verordnung zu verankern. Gemäss dem im 5. Abschnitt festgehaltenen Grundsatz betrifft die Reglementierung nämlich das erstmalige Verfahren und die erste Erneuerung der Akkreditierung. Der Hochschulrat hatte den SAR beauftragt, Vorschläge für die Umsetzung eines Verfahrens zur Erneuerung der Akkreditierung auszuarbeiten. Angesichts der fehlenden Einstimmigkeit hinsichtlich der vorgeschlagenen Varianten zur Erneuerung der Akkreditierung hat der Hochschulrat dem Akkreditierungsrat beauftragt, ihm nach Abschluss der bis Ende 2022 laufenden Akkreditierungen zusammen mit der AAQ auf der Basis der gesammelten Erfahrungen der letzten sieben Jahre einen neuen Vorschlag zur Vereinfachung der Akkreditierung zu unterbreiten. Da die vorliegende Verordnungsänderung den Auftrag umsetzen soll, kann der Begriff «*der ersten* Erneuerung» in Artikel 1 Buchstabe c und im Gliederungstitel gestrichen und Artikel 8a aufgehoben werden.

Die Bestimmungen des 5. Abschnitts regeln von nun an das Verfahren der erstmaligen Akkreditierung und der Erneuerung der Akkreditierung.

#### **Art. 9 Abs. 1**

Aufgrund der vorgeschlagenen Verordnungsänderung von Anhang 1 soll die Prüfung sich nicht nur auf das Qualitätssicherungssystem beschränken, sondern auch die Einhaltung der Qualitätsstandards umfassen. Die Formulierung von Absatz 1 wird mit dem Begriff der Qualitätsstandards ergänzt und angepasst.

**Art. 19 Geltungsdauer der Akkreditierung**

Artikel 19 der geltenden Akkreditierungsverordnung legt die Geltungsdauer der Akkreditierung auf sieben Jahre fest. Die Akkreditierungsverfahren dauern in der Regel 18 Monate von der Eröffnung durch die Agentur bis zur Entscheidung durch den Akkreditierungsrat. Mit der Prüfung der Zulassung zum Akkreditierungsverfahren verlängert sich das Verfahren bis insgesamt 24 Monate.

Bevor die Hochschulen mit der Erneuerung der Akkreditierung beginnen können, muss die Erfüllung allfälliger Auflagen aus dem vorherigen Verfahren auch überprüft und festgestellt werden. Die Überprüfung der Erfüllung von Auflagen kann «sur dossier» durch die Agentur, «sur dossier» durch Gutachterinnen und Gutachter sowie im Rahmen einer Vor-Ort-Visite durch Gutachterinnen und Gutachter erfolgen. Daraus ergibt sich für die Überprüfung der Erfüllung der Auflagen eine Zeitspanne von weiteren 18 Monaten. Für die Hochschulen bleiben rein rechnerisch 3.5 Jahre für die Erfüllung von Auflagen. Der Akkreditierungsrat hat in seiner bisherigen Praxis in der Regel Fristen von 24 Monaten, in seltenen Fällen von 36 Monaten gesprochen.

Es wird vorgeschlagen, die Geltungsdauer der erstmaligen Akkreditierung auf 5 Jahre zu verkürzen und die Geltungsdauer der Erneuerung der Akkreditierung auf 8 Jahre zu verlängern. Durch die Unterscheidung von zwei Geltungsdauern kann einerseits die Erneuerung der Akkreditierung vereinfacht, andererseits die Hürde für die erstmalige Akkreditierung erhöht werden. Für die Erstakkreditierung bedeutet dies, dass maximal 1,5 Jahre zur Erfüllung der Auflagen zur Verfügung stehen. Die Praxis zeigt, dass damit Mängel in formalen Anforderungen durchaus behoben werden können. Mängel in der Forschung oder beim wissenschaftlichen Personal hingegen benötigen in der Regel aber mehr Zeit. Bei einer erstmaligen Akkreditierung mit auf 5 Jahre verkürzter Geltungsdauer wird künftig berücksichtigt, dass die Auflagen in der kürzeren Umsetzungsdauer erfüllt werden können. In Fällen mit vielen Auflagen würde konsequenterweise eine Ablehnung der Akkreditierung erfolgen. Die Verkürzung der Geltungsdauer der erstmaligen Akkreditierung führt daher zu weniger Akkreditierungen mit Auflagen und damit zu früheren und konsequenteren Entscheidungen. Die Verlängerung der Geltungsdauer der Erneuerung der Akkreditierung ist dagegen ein Beitrag zur Entlastung der bereits akkreditierten Hochschulen.

**Art. 22 Abs. 1 erster Satz und Art. 23**

Gemäss der aktuellen Formulierung sind die Qualitätsstandards in fünf Bereiche gruppiert. Durch die Verordnungsänderung sind diese beiden Artikel formell anzupassen. Eine Nennung der Bereiche oder ihrer Anzahl ist nicht notwendig.

**Art. 24 Übergangsbestimmung zur Änderung**

Absatz 1 regelt die Behandlung der Gesuche, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnungsänderung hängig sind. Diese werden nach altem Recht geprüft. Dadurch kann berücksichtigt werden, dass die Hochschulen bereits damit begonnen haben, das Gesuch auf Akkreditierung nach den aktuellen Standards vorzubereiten.

Absatz 2 sieht eine Ausnahme vor für Gesuche um Erneuerung der Akkreditierung, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnungsänderung hängig sind. Wird die Akkreditierung in diesen Fällen erneuert, gilt eine Akkreditierungsdauer von acht Jahren gemäss dem neuen Artikel 19 Absatz 2.

**Inkrafttreten**

Es ist vorgesehen, dass der Hochschulrat die Vernehmlassungsergebnisse an seiner Sitzung vom Februar 2026 zur Kenntnis nehmen, die definitiven Verordnungsänderungen beschliessen und diese auf den 1. Juli 2026 in Kraft setzen wird.

**5. Leitlinien des Schweizerischen Akkreditierungsrats**

Der Akkreditierungsrat entscheidet über die institutionelle Akkreditierung auf der Grundlage der Anträge der Agenturen, der Berichte der Gutachtergruppen und der Selbstbeurteilungen der Hochschulen. Die Voraussetzungen für die institutionelle Akkreditierung sind in Artikel 30 HFKG definiert. Die Akkreditierungsverordnung HFKG konkretisiert die Voraussetzungen als Qualitätsstandards und legt das Verfahren fest. Die Agenturen haben indes bei der Gestaltung des Verfahrens Spielraum – vorgegeben sind: Selbstbeurteilungsbericht (Art. 11 Akkreditierungsverordnung HFKG), Gutachtergruppe, Vor-Ort-Visite und Bericht der Gutachtergruppe (Art. 12) sowie die Standards (Art. 22 und Anhang 1 Akkreditierungsverordnung).

HFKG). Die Gutachterinnen und Gutachter wiederum haben einen Ermessensspielraum bei der Bewertung der Qualitätsstandards.

Mit dem neu geschaffenen Instrument der Leitlinien leistet der SAR einen weiteren Beitrag zur Klarheit der Verfahren. Er legt für jeden Standard dar, welche Nachweise er als Grundlage für die Bewertung der Standards durch die Gutachtergruppen und den eigenen Akkreditierungsentscheid voraussetzt. Der SAR will damit für alle beteiligten Akteure – Hochschulen und Agenturen – im Vorfeld der Verfahren mehr Klarheit über seine Erwartungen und seine Spruchpraxis schaffen, ohne in die operative Unabhängigkeit der Agenturen einzugreifen. Die Leitlinien sind ein Instrument des Akkreditierungsrates. Er kann sie ändern, wenn er eine Unschärfe oder eine Tendenz zur Fehlinterpretation eines bestimmten Standards feststellt.

**Beilagen:**

- Synopsis Qualitätsstandards
- Leitlinien SAR